



# unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung

Willi Gerns / Robert Steigerwald

## Weder „Anti-Stalinismus“ noch „Stalinismus“

**Anmerkungen zu Kurt Gossweiler:  
Der Anti-Stalinismus – das Haupthindernis für die Einheit aller antiimperialistischen Kräfte und der kommunistischen Bewegung (WBI 4/94)**

### Ein Wort vorweg:

In unserer jahrzehntelangen Bildungsarbeit in der KPD und dann der DKP sind uns die Publikationen Kurt Gossweilers, insbesondere seine Beiträge zur Faschismusforschung, eine große Hilfe gewesen. Wir haben Gossweiler als Historiker mit überzeugenden marxistisch-leninistischen Positionen kennen und schätzen gelernt. Unsere besondere Achtung hat seine Haltung während und nach der konterrevolutionären Wende von 1989/90 gefunden. Ganze Heerscharen ehemals leitender Funktionäre der regierenden kommunistischen Parteien, aber auch nicht wenige frühere „Leuchten“ der Gesellschaftswissenschaft haben sich resignierend ins Privatleben zurückgezogen, sich vom Marxismus distanzieren, sind auf reformistische Positionen oder gar offen auf die andere Seite der Barrikade übergegangen. Anders Kurt Gossweiler. Er ist sich selbst und unserer Sache treu geblieben.

Gerade weil wir große Achtung vor dem Kommunisten Gossweiler haben, wollen wir uns zu ihm so verhalten, wie dies Kommunisten untereinander tun sollten. Dazu gehört nicht zuletzt, mit Meinungsverschiedenheiten nicht hinter dem Berg zu halten, sondern sie in genossenschaftlicher Weise offen miteinander auszutragen. So wollen wir kein Hehl daraus machen, daß wir Kurt Gossweilers Herangehen an die Stalinfrage und seine Schlußfolgerung, daß die Überwindung des „Anti-Stalinismus“ eine wichtige Voraussetzung für die Wiederherstellung der kommunistischen Bewegung als einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Bewegung sei, so nicht teilen.

Wir haben Verständnis dafür, daß es Genos-

sen Gossweiler schwer fällt, die bittere historische Wahrheit zur Kenntnis zu nehmen. Auch wir haben uns lange dagegen gewehrt. Die pauschalen Angriffe unserer Gegner auf Stalin und die Sowjetunion haben wir mit deren ebenso undifferenzierter Verteidigung beantwortet. Auch die Berichte vom XX. Parteitag der KPdSU – wir saßen damals beide als Kommunisten in Adenauers Gefängnissen – haben wir zunächst noch als Verleumdungen des Klassegegners abgetan. In einem langen, schmerzhaften Prozeß haben wir uns korrigieren müssen.

### Zum „Stalinismus“begriff

Was die Bewertung des Begriffs „Stalinismus“ und seiner Funktion betrifft, so gehen wir davon aus, daß sich unsere Haltung dazu nicht wesentlich von der Gossweilers unterscheidet.

Erstens. Der Begriff „Stalinismus“ wurde von den Ideologen des Imperialismus und ihren Helfershelfern in der Arbeiterbewegung als antikommunistischer Kampfbegriff in die Welt gesetzt und wird bis heute von ihnen mit dieser Intention gebraucht. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den „Stalinismus“ wurde in jüngster Zeit auch von Politikern, die im Gewand von Kommunisten auftraten, mehr und mehr die ganze Geschichte der UdSSR und der internationalen kommunistischen Bewegung in den Dreck getreten und damit wesentlich dazu beigetragen, den Menschen in der Sowjetunion und den anderen Ländern des realen Sozialismus moralisch das Rückgrat zu brechen, sie für die Konterrevolution reif zu machen. Allerdings hat dieser Begriff auch bei ehrlichen Kommunisten und uns eng verbundenen Mitstreitern als Synonym für Deformationen, Fehlentwicklungen und Verbrechen Eingang gefunden, die es unter der Führung Stalins in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern gegeben hat.

Zweitens. Der Begriff ist verschwommen und

emotionsbeladen. Werner Hofmann, ein nichtkommunistischer marxistischer Soziologe, schreibt dazu in seiner 1968 in der „edition suhrkamp“ veröffentlichten Arbeit „Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts“: „Mit der Auffassung vom ‚Stalinismus‘ verhält es sich heute wie mit der von vielen anderen gesellschaftlichen Erscheinungen unserer Epoche: Während die Vokabel in aller Munde ist und sich – in unserem Falle – mit vagen Vorstellungen von Willkür, Gewalt, ‚Dogmatismus‘, Reglementierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und anderen Unerfreulichkeiten in der Ordnung kommunistisch regierter Länder verbindet, ist eine wissenschaftliche Erforschung des Sachverhaltes über dürrtige Ansätze nicht hinausgelangt. So bleiben die Vorstellungen vom ‚Stalinismus‘ rein assoziativ, Sache des Gemüts, der Emotionen ...“ (S. 11)

Mit Emotionen lassen sich jedoch so komplizierte und widersprüchliche gesellschaftliche Entwicklungen wie die, die sich unter Führung Stalins in der Sowjetunion und in der kommunistischen Bewegung vollzogen haben, kaum klären. Emotionen in der einen Richtung verbauen den Blick auf die vollbrachten Leistungen. Emotionen, die in die andere Richtung gehen, verstellen die Sicht auf die Deformationen, Fehlentwicklungen und Verbrechen.

Obwohl Hofmann das Verschwommene des Begriffs betont und hervorhebt, daß der ‚Stalinismus‘ weder eine Grundlage in gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen noch eine eigene Theorie hat, gebraucht er ihn den-

### Impressum

Unsere Zeit (UZ) –  
Zeitung der DKP

Herausgeber:  
Partei Vorstand der DKP

Verlag:  
CommPress Verlag GmbH  
Hoffnungstr. 18, D-45127 Essen

Geschäftsführer: Lothar Geisler (v. i. S. d. P.)

noch zur Kennzeichnung eines Systems „der ins Unmaß gesteigerten Machtanwendung“ (S. 18). Dieses stellt er auf den Hintergrund der gesellschaftlichen Bedingungen unter denen sich der erste große Anlauf zum Sozialismus vollziehen mußte, wenn er feststellt: „Dem ‚Stalinismus‘ liegt ein fundamentales Spannungsverhältnis zwischen der marxistischen Lehre von der Zukunftsgesellschaft und den Bedingungen ihrer Verwirklichung zugrunde. Ein Widerstreit ... zwischen dem vorausgesagten prinzipiellen Inhalt einer Gesellschaft von Arbeitenden und den historischen Möglichkeiten, zunächst der frühen Sowjetgesellschaft, diesen Inhalt in den Formen des sozialen Lebens zu bewahren.“ (S. 19/20) Eingebettet in die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen und im Vergleich mit den marxistischen Grundpositionen untersucht Hofmann die Deformationen in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Natürlich wissen wir heute mehr über die Stalin-Zeit, als Werner Hofmann wußte. Und wahrscheinlich würde er seine damalige Analyse vertiefen und manches Urteil verschärfen. Aber in der Hauptsache ist ihm, wie wir meinen, auch heute noch zuzustimmen.

Der von Hofmann gebrauchte Stalinismusbegriff und seine Herangehensweise an die Problematik unterscheiden sich wesentlich von dem antikommunistischen Umgang mit diesem Begriff. Wir haben dennoch auch dagegen Vorbehalte. Wir ziehen es vor, von Deformationen des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung zu sprechen, die sich in der Zeit der Führung Stalins herausgebildet haben. Dies scheint uns nützlicher zu sein: Wegen der bereits genannten Einwände gegen den Begriff ‚Stalinismus‘; weil die Deformationen nicht nur übersteigerte Machtanwendung und Terror betreffen; weil der Begriff ‚Stalinismus‘ zu sehr auf die Person Stalins bezogen ist.

Ebensowenig wie vom Begriff ‚Stalinismus‘ halten wir vom Gebrauch seines Gegenstücks ‚Anti-Stalinismus‘. Das gilt vor allem dann, wenn – wie uns dies bei den Ausführungen Gossweilers der Fall zu sein scheint – der Eindruck entstehen muß, daß darunter jegliche Kritik an Stalin und den unter seiner Führung erfolgten Fehlentwicklungen und Verbrechen subsumiert und diese undifferenziert in die Ecke des Antikommunismus gestellt wird. Wir sind der Ansicht, daß die kritische Aufarbeitung der Deformationen die sich unter Stalin in den sozialistischen Ländern und der kommunistischen Bewegung herausgebildet haben – so schmerzhaft dies auch sein mag – für die Zukunft unserer Bewegung unerlässlich ist. Den Verzicht auf eine solche kritische Auseinandersetzung zur Voraussetzung für die Einheit der kommunistischen Bewegung zu machen, hieße jedenfalls auf diese Einheit zu verzichten. Auf der Grundlage der Gossweilerschen Position wird es keine Einheit der Kommunisten geben. Zu tief sind die Wunden, die Kommunisten in der Stalinzeit geschlagen wurden. Das kann man nicht wegwischen. Wir heute lebenden Kommunisten sind es auch dem Andenken der ermordeten Genossinnen und Genossen schuldig, daß wir nicht so tun, als sei dies alles nur Propaganda des Klassengegners

gewesen. Andererseits kann es aber auch – und da stimmen wir mit Kurt Gossweiler überein – keine Einheit der Kommunisten auf der Grundlage des Antikommunismus geben, der sich als „Antistalinismus“ tarnt.

Notwendig ist eine dialektisch-materialistische Analyse. Das erfordert die Entwicklungen in ihren geschichtlichen Zusammenhang zu stellen, ihre objektiven und subjektiven Ursachen herauszuarbeiten, die widersprüchlichen Prozesse zu erfassen, die Triumph und Tragödie, einmalige Leistungen aber auch verhängnisvolle Fehlentwicklungen und Verbrechen einschließen. Die Aufgabe, dies zu bewältigen, stellen wir uns in diesen Anmerkungen zu Kurt Gossweilers Beitrag nicht. Wir wollen uns vielmehr im wesentlichen auf die von ihm angesprochene Problematik der Repressalien gegen die alte Garde der Bolschewiki und auf die Deformationen der leninschen Parteikonzeption beschränken.

### Verbrechen nicht zu rechtfertigen

Gossweiler erklärt und verteidigt die Verfolgungen Ende der dreißiger Jahre aus der Situation der feindlichen Umkreisung der Sowjetunion und der Gefahr eines Überfalls durch das faschistische Deutschland. Sicher bildete diese Lage den Hintergrund für die Massenrepressalien. Diese dürfen unserer Überzeugung nach jedoch damit nicht gerechtfertigt werden. Damit keine Mißverständnisse entstehen: Wir haben keine Probleme damit, wenn die Gewalt und der Terror der Konterrevolution mit revolutionärer Gewalt beantwortet werden. Dies war in allen großen Revolutionen unvermeidlich, wenn die Revolutionäre nicht vor dem Terror der Konterrevolution kapitulieren wollten. Besonders anschaulich lehrt dies die Geschichte der Französischen Revolution. Uns geht es hier um ungerechtfertigte Repressalien gegen ehrliche Kommunistinnen und Kommunisten, und diese hat es ohne Zweifel massenhaft gegeben.

Solange Lenin lebte, wurden die Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei ausschließlich mit dem Mittel der Überzeugung geführt. Dabei ging es – wie z. B. beim Frieden von Brestlitowsk – um Existenzfragen von nicht geringerer Brisanz für die Sowjetmacht als Ende der dreißiger Jahre. Lenin hat gegen seine Opponenten nicht nur keine Repressalien angewandt, sondern deren Fähigkeiten auch weiterhin in höchsten Partei- und Staatsfunktionen im Interesse des Sozialismus zur Geltung kommen lassen. Auch während der erbitterten Auseinandersetzungen mit der innerparteilichen Opposition nach Lenins Tod stand bis Anfang der dreißiger Jahre noch der ideologische Kampf im Vordergrund. Danach ging Stalin zum Terror über. Er bezeichnete praktisch alle tatsächlichen oder vermeintlichen Opponenten als „Trotzkisten“, „Linkstrotzkisten“, „Rechtstrotzkisten“ usw. Auf sie bezog sich seine auf dem Märzplenum des ZK der KPdSU(B) 1937 formulierte Schlußfolgerung, „daß im Kampf gegen den gegenwärtigen Trotzkismus jetzt nicht die alten Methoden, nicht die Methoden der Diskussion, sondern neue Methoden, die Methoden der Ausrottung und der Zer-

schmetterung nötig sind“ (J. Stalin „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der Trotzkisten und sonstigen Doppelzüngler, Referat und Schlußwort auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B), 3.u.5. März 1937, Stuttgart 1952, S. 20)

Aufgrund fabrizierter Anschuldigungen und durch Folter erpreßte „Geständnisse“ wurden tausende und abertausende Kommunisten ermordet, darunter die meisten der engsten Kampfgefährten Lenins wie Sinowjew, Kamenjew, Bucharin, Radek, Rykow und viele andere. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU wurden folgende Fakten genannt: Von den 1500 engsten Mitarbeitern der Partei- und Staatsorgane aus dem ersten Jahrzehnt der Sowjetmacht wurden etwa 1300 Opfer von Justizmorden. Zwischen dem XVII. Parteitag 1934 und dem XVIII. Parteitag 1939 wurden über zwei Drittel der Mitglieder des ZK verfolgt und größtenteils umgebracht. Mehr als die Hälfte der Delegierten des XVII. Parteitags erlitt das gleiche Schicksal. (Günter Judick, Kurt Steinhaus (Hrsg.), Stalin bewältigen, Dokumente und Aufsätze, Edition Marxistische Blätter Düsseldorf 1989, S. 123 f.)

Nun kann weder Kurt Gossweiler, noch können wir im Einzelfall nachprüfen, ob sich die Betroffenen antisowjetisch betätigt haben oder nicht. Bedenkt man aber, daß die meisten der von Repressalien betroffenen ZK-Mitglieder und Parteitag delegierten bereits aktiv an der Oktoberrevolution oder den Schlachten des Bürgerkrieges teilgenommen haben, so sperrt sich der gesunde Menschenverstand dagegen, daß sie nach dem Sieg des Sozialismus in diesem Ausmaß zu Feinden des Sozialismus geworden sein sollen. Ebenso undenkbar ist es, daß Lenin – mit Ausnahme von Stalin und einer Handvoll weiterer Genossen – als engste Kampfgefährten nur Verräter und Spione um sich gesammelt haben sollte. Davon können uns weder Kurt Gossweiler noch die von ihm in den Zeugenstand gerufenen westlichen Prozeßbeobachter überzeugen. Übrigens muß man die Frage stellen, wieso Gossweiler sich nur auf Zeugen „von außen“ bezieht, wieso er sich über das mittlerweile in großem Umfang vorliegende Material der Zeugenschaft von Kommunistinnen und Kommunisten ausschweigt, die von den Repressalien betroffenen waren? So gibt es auch Mitglieder unserer Partei, der DKP, die den Terror überlebt haben und Kommunisten geblieben sind. Sie sind für uns die zuverlässigsten Zeugen.

Neben der Vernichtung von Parteikadern wirkte sich die Ermordung tausender Offiziere, ja praktisch die weitgehende Ausschaltung der Führung der Roten Armee am Vorabend des Krieges als Folge einer Provokation des faschistischen deutschen Geheimdienstes, auf die Stalin hereingefallen war, besonders verhängnisvoll aus. In der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges“ heißt es dazu: „Vom Mai 1937 bis zum September 1938 wurden etwa die Hälfte der Regimentskommandeure, fast alle Brigade- und Divisionskommandeure, sämtliche Korpskommandeure und Chefs der Militärbezirke, die Mitglieder der Kriegsräte und die Leiter der politischen Verwaltungen der Militärbezirke, die Mehrzahl der Politoffiziere der Korps, Divisionen und Brigaden, etwa ein Drittel der

Regimentskommissare und zahlreiche Lehrkräfte der höheren und mittleren militärischen Lehranstalten Repressalien ausgesetzt. Unter den ums Leben gekommenen Kommandeuren und Politoffizieren befanden sich solche bedeutenden Heerführer wie M.N. Tuchatschewski, W.K. Blücher, A.I. Jegorow, I.E. Jakir, I.P. Uborewitsch ..." (Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Bd. 6, Berlin 1968, S. 150 f.) Die Zerstörung der Führungsstrukturen der Roten Armee ist zweifellos eine wesentliche Ursache für das Fiasko der Roten Armee zu Beginn des Krieges. Viele zehntausende sowjetischer Soldaten und Zivilisten haben das Mißtrauen Stalins mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Stalin versuchte dem Terror auch eine theoretische Begründung zu geben. In seinem bereits genannten Referat auf dem März-Plenum 1937 entwickelte er die These, daß sich im Zuge des Voranschreitens zum Sozialismus der Klassenkampf angeblich immer mehr zuspitzen müsse. Der „Logik“, daß sich nach der Liquidierung der Ausbeuterklassen (diese wurde ja bekanntlich von Stalin 1936 im Zusammenhang mit der neuen Verfassung der UdSSR ausdrücklich konstatiert) der Klassenkampf verschärfen müsse, ist kaum zu folgen.

Noch weniger haltbar ist allerdings die Behauptung Stalins, daß dies Lenin lehre. In Wirklichkeit hat Lenin darauf hingewiesen, daß die Anwendung revolutionärer Gewalt von der Notwendigkeit bestimmt wird, den Widerstand der Ausbeuterklassen zu ersticken, und diese Hinweise bezogen sich auf eine Periode, als noch starke Ausbeuterklassen existierten. Als sich die politische Situation im Lande verbesserte und sich im Januar 1920 der Sieg im Bürgerkrieg abzeichnete, gab Lenin Dzierzynski, dem Chef der Tscheka, die Instruktion, den Massenterror gegen die Konterrevolution zu beenden und die Todesstrafe aufzuheben. Lenin begründete diesen Schritt in seinem Referat auf der Sitzung des Gesamtstaatlichen Zentralen Exekutivkomitees im Februar 1920 folgendermaßen: „Der Terror wurde uns durch den Terrorismus der Entente aufgezwungen, als die stärksten Mächte der Welt, vor nichts zurückschreckend, mit ihren Horden über uns herfielen. Wir hätten uns keine zwei Tage halten können. wären wir diesen Versuchen der Offiziere und Weißgardisten nicht ohne Erbarmen begegnet, und das bedeutete Terror, aber der Terror wurde uns durch die terroristischen Methoden der Entente aufgezwungen. Sobald wir aber den entscheidenden Sieg errungen hatten, noch vor Beendigung des Krieges, sofort nach der Einnahme von Rostow, verzichteten wir auf die Anwendung der Todesstrafe und zeigten damit, daß wir zu unserem eigenen Programm so stehen, wie wir es versprochen haben. Wir erklären, daß sich die Anwendung von Gewalt aus der Aufgabe ergibt, die Ausbeuter, die Gutsbesitzer und Kapitalisten, zu unterdrücken: wenn das getan ist, verzichten wir auf alle außerordentlichen Maßnahmen. Wir haben das durch die Tat bewiesen.“ (Lenin, Werke, Bd. 30, S. 318) Mit Lenin lassen sich die Verfolgungen Ende der dreißiger Jahre also nicht begründen, und dies umso weniger als sich diese

nicht gegen Weißgardisten, Gutsbesitzer und Kapitalisten, sondern vor allem gegen andersdenkende oder vermeintlich andersdenkende Kommunisten richteten.

## Deformationen der Partei und der Theorie

Zu den Fehlentwicklungen in der Zeit Stalins gehören die Deformationen der leninschen Parteikonzeption und der Personenkult um Stalin. Stalin wurde praktisch zu einem allwissenden Gott gemacht. Was Stalin sagte, war absolute Wahrheit und durfte nicht angezweifelt werden. Er ließ sich bereits zu Lebzeiten Denkmale setzen, Betriebe und Bauten nach sich benennen. Diese Selbstbeweihräucherung steht im krassen Gegensatz zu den Positionen von Marx, Engels und Lenin.

Eng mit diesem Kult verbunden waren die Deformationen des kommunistischen Organisationsprinzips des demokratischen Zentralismus. Werner Hofmann schreibt: „Alle Entscheidungsgewalt im Staate wie in der Partei und in den ‚Massenorganisationen‘ (vor allem in den Gewerkschaften) sammelte sich nun weit ‚oben‘; sie konzentrierte sich auf einen sehr kleinen Kreis wirklicher Führer, die sich ihrerseits auf dem Wege der offenen oder verhüllten Kooptation ergänzten. Das Prinzip der allgemeinen Wahl und vollends der Abberufbarkeit der Funktionäre, wie es Marx am Beispiel der Pariser Kommune vorgeführt hatte, verfiel. Eine extreme Zentralisierung der Befugnisse entwertete nicht nur die Organe der lokalen und regionalen Einheiten sowie der Sowjetrepubliken, sondern auch eine Spitzeninstanz wie den Obersten Sowjet der Union, schließlich auch die Parteikonferenzen.“ (S. 43) Es veränderte sich der „Typus des leitenden Funktionärs. Das Leninsche Ideal des Volkstribunen verblaßte hinter dem ‚Realtypus‘ eines nach ‚unten‘ oft selbstherrlich auftretenden, mit den Organen der Kontrolle von ‚oben‘ sich nach Möglichkeit arrangierenden Unterführertums von quasimilitärischem Charakter.“ (S. 44)

Das Gesagte gilt sowohl für den Staatsapparat wie für die Partei. Während in den ersten Jahren nach dem Tode Lenins Parteitage und ZK-Tagungen mehr oder weniger regelmäßig stattfanden, wurden diese höchsten Organe der Partei später völlig in den Hintergrund gedrängt. So liegen zwischen dem XVIII. und dem XIX. Parteitag der KPdSU sage und schreibe 13 Jahre. Und das waren nicht irgendwelche Jahre, sondern die für das Schicksal der Sowjetunion entscheidenden Jahre des Krieges und des Wiederaufbaus. Sogar nach dem Krieg fand sieben Jahre lang kein Parteitag statt. Während der ganzen Jahre des Krieges gab es auch keine ZK-Tagung. Selbst das Politbüro wurde zu einer Maschine degradiert, die Stalins Entscheidungen zur Kenntnis zu nehmen hatte. Stalins verbales Bekenntnis zur innerparteilichen Demokratie und zum Grundsatz der Kollektivität der Führung erwies sich als Phrase.

Wo es so einsame Entscheidungen gibt, und zudem derjenige, der sie trifft, außerhalb von Kritik und Selbstkritik steht, da muß es schwere Fehlentscheidungen geben. Und es hat sie gegeben: in der Wirtschaft, in der

Unterentwicklung der sozialistischen Demokratie, bei der Verfolgung Andersdenkender, bei Kriegsbeginn, im Umgang mit anderen sozialistischen Ländern und kommunistischen Parteien, und auch in der theoretischen Arbeit.

Werner Hofmann verweist auf den sich herausbildenden und verfestigenden Dogmatismus und die Buchstabengelehrtheit auf theoretischem Gebiet. „Der Marxismus erscheint nun als ein fertiges ‚philosophisches System‘, dessen Begriffe und Lehrsätze hinfort, abgetrennt von den konkreten Gegenständen des wirklichen Lebens und der positiven Wissenschaft, zur Sache einer abstrakten Sondergelehrsamkeit werden. ... Die Fakten des wirklichen Lebens sinken schließlich zum bloßen wechselnden Illustrationsmaterial der unveränderlichen Lehrsätze ab. Ganz anders ist dagegen der schöpferische Geist eines Marx vorgegangen. In der unmittelbaren kritischen Analyse konkreter gesellschaftlicher Sachverhalte selbst hat er das einer sozialen Formation Wesentliche, ihre immanenten Gesetze und Tendenzen, erschlossen.“ (S. 65)

Auch Lenin hat bekanntlich im Marxismus kein fertiges, abgeschlossenes System gesehen. Vielmehr hat er nachdrücklich betont: „Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln müssen, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen.“ (Lenin Werke, 4, S. 205/206)

Die „eigentliche stalinistische Sünde wider den Geist der materialistischen Dialektik“ sieht Hofmann in der relativen Verselbständigung von dialektischer Methode und marxistischer Theorie als der beiden Komponenten des marxistischen Denkens und der damit sich verbindenden „Vernachlässigung der Dialektik gegenüber dem ‚materialistischen‘ Bekenntnis“: „Alle Einzelheiten des stalinistischen Verhältnisses zur Theorie des Marxismus sind in letzter Linie auf diesen Rückfall ins dualistische Positionen-Denken zurückzuführen.“ (69/70)

Dem Marxismus-Leninismus wurde als partei- und staatsoffizielle Doktrin mehr und mehr das revolutionäre, schöpferische Wesen dieser Wissenschaft genommen. Unter Bedingungen, da Stalin auch auf theoretischem Gebiet die letztlich allwissende und alles entscheidende Instanz war und von seinen Positionen abweichende Auffassungen gefährliche Konsequenzen haben konnten, konnte sich schöpferischer Meinungsstreit, ohne den jede Wissenschaft erstarren muß, nicht entwickeln. Der Marxismus-Leninismus wurde weitgehend auf vereinfachte stalinsche Schemata reduziert und dogmatisiert. Mehr noch: er verkam zur Legimitationswissenschaft zunächst für Stalin und seine Politik und dann auch für die ihm folgenden Parteiführungen. Am deutlichsten wurde dies in den geradezu lächerlichen Zurechtbiegungen der Parteigeschichte auf den jeweiligen Generalsekretär. Zu den Folgen der Fehlentwicklungen auf theoretischem Gebiet, die unter Stalin ihren Anfang nahmen, gehört, daß die Gesellschaften des realen Sozialismus im Grunde genom-

men als widerspruchsfreie Gesellschaften behandelt und darum ihre Entwicklungserfordernisse nur völlig ungenügend theoretisch durchdrungen wurden. Auch die Kapitalismusforschung war mangelhaft. Dadurch wurden die ihm innewohnenden Fähigkeiten zur Anpassung an neue Erfordernisse unterschätzt. Das trug später dazu bei, daß die wissenschaftlich-technische Revolution „verschlafen“ und der Anschluß der sozialistischen Länder verpaßt wurde.

Im Unterschied zu Kurt Gossweiler sehen wir in den Fehlentwicklungen, die sich unter der Führung Stalins herausgebildet haben (einige, wie die auf dem Gebiet der Wirtschaft, konnten hier nicht angesprochen werden), die tiefsten Ursachen für die Niederlage des ersten großen Anlaufs zum Sozialismus und die heutige Krise der kommunistischen Bewegung. In den Deformationen des demokratischen Zentralismus, in der Entstehung einer Partei, deren untere Organisationen und Mitglieder darauf ausgerichtet waren, auf Anweisungen von „oben“ zu warten, und diese widerspruchslos auszuführen, in der schöpferischen Meinungsstreit um Alternativen nicht gefragt war, in der sich die Führungen selbst

rekrutierten und die Basis so gut wie keinen Einfluß auf die Auswahl der Spitzenfunktionäre hatte, ist unserer Ansicht nach auch der wesentliche Grund dafür zu suchen, das Typen wie Gorbatschow, Jelzin, Schewadnadse, Jakowlew und andere, an die Spitze der KPdSU gelangen und dem realen Sozialismus den Todesstoß versetzen konnten, daß die KPdSU und die anderen regierenden kommunistischen Parteien sich gegenüber den Angriffen der Konterrevolution als im Bürokratismus erstarrt und kampfunfähig erwiesen.

Wenn die kommunistische Bewegung neue Kraft gewinnen und zu einer einheitlichen Bewegung werden soll, muß unserer Überzeugung nach weiter daran gearbeitet werden, die bis heute nachwirkenden Folgen jener Fehlentwicklungen zu überwinden, die unter Stalins Führung ihren Anfang genommen haben. Zugleich ist es notwendig, die revolutionären Grundlagen unsere Bewegung zu bewahren. Die Grundvoraussetzung für die Einheit der kommunistischen Bewegung sehen wir in einem gemeinsamen Verständnis der kommunistischen Partei als einer revolutionären Partei, die das entschiedene Eintreten

für Reformen im Interesse des arbeitenden Volkes mit dem Kampf für den grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen verbindet; die festhält am Ziel des Sozialismus/Kommunismus im Sinne der im „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels formulierten Grundaussagen; die sich vor allem auf die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen, auf die Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft orientiert; die ihr theoretisches Fundament in den Theorien von Marx und Engels hat, die von Lenin und anderen Marxisten weiterentwickelt wurden, die den Marxismus auf unsere heutigen Kampfbedingungen anwendet und zu seiner weiteren Bereicherung beiträgt; die eine richtig verstandene nationale Politik mit dem proletarischen Internationalismus verbindet und einen Beitrag dazu leistet, gegen den international verflochtenen Imperialismus die internationale Front der arbeitenden Menschen zu formieren; die in ihrem inneren Organisationsleben breit entfaltete Demokratie und schöpferischen Meinungsstreit mit der Gewährleistung des einheitlichen Handelns verbindet.